

## Niederschrift

über die in der 26. Sitzung des Kreisausschusses  
am 21.09.2017 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Be-  
schlüsse  
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 16:25 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 16:26 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:49 Uhr

### anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Giesen, Heinz	Geldern
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Wucherpfennig, Brigitte	Kleve
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Heinricks, Michael	Kerken

### entschuldigt sind

Mulder, Andy	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Höhn, Birgitt	Kevelaer
Reuter, Tim	

### anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang  
Boxnick, Zandra  
Suerick, Wilfried  
Reynders, Rudolf  
Dr. Reynders, Hermann  
Jansen, Christoph  
Keuken, Ruth  
Lamers, Monika

### als Gast

Dipl.-Ing. Architekt Hülsmann, Friedhelm (bis einschließlich TOP 6)  
Prof. Dr.-Ing. Brandt, Thorsten (bis einschließlich TOP 6)

### als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag der SPD zu TOP 1
- Synopse Stellungnahmen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zu TOP 2

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befähigt hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

### **Öffentliche Sitzung**

- |    |   |          |
|----|---|----------|
| 1. | Neubesetzung Beiräte Justizvollzugsanstalten in Kleve und Geldern                       | 674/WP14 |
| 2. | Regionalplan Düsseldorf<br>Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf (3. Beteiligung) | 691/WP14 |
| 3. | Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Kleve                             | 696/WP14 |
| 4. | Mitteilungen  | 693/WP14 |
| 5. | Anfragen  |          |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |     |   |          |
|-----|---|----------|
| 6.  | Wasserbauten im Kreis Kleve<br>Forschungsprojekt der Architektenpartnerschaft Hüls-<br>mann/Thieme/Minor, Kleve und der Hochschule Rhein-Waal sowie<br>weiterer Beteiligter | 692/WP14 |
| 7.  | Vorbereitung einer Gesellschafterversammlung<br>Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (KKA GmbH)  | 689/WP14 |
| 8.  | Grundstücksangelegenheiten<br>hier: Veräußerung einer Kindertageseinrichtung in der Gemarkung<br>Rees   | 690/WP14 |
| 9.  | Grundstücksangelegenheiten<br>Erwerb eines Teilstücks entlang der Kreisstraße 10 (Triftstraße)  | 685/WP14 |
| 10. | Mitteilungen  |          |
| 11. | Anfragen  |          |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 674 /WP14

Neubesetzung Beiräte Justizvollzugsanstalten in Kleve und Geldern

---

Landrat schlägt vor, den Tagesordnungspunkt passieren zu lassen.

Frau Ulrich erklärt, dass die CDU-Fraktion die Vorschläge für den Kreistag unterbreiten wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt passieren.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 691 /WP14

Regionalplan Düsseldorf

Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf (3. Beteiligung)

---

Herr Dr. Reynders führt aus, dass zwischenzeitlich 13 Kommunen eine Rückmeldung abgegeben haben. Mit Blick auf die Synopse hat sich eine Änderung ergeben. Die Gemeinde Uedem hat mittlerweile eine schriftliche Stellungnahme eingereicht, die deckungsgleich mit der aufgelisteten telefonischen Rückmeldung ist. Im Kern decken sich die vorliegenden Stellungnahmen mit den vom Kreis Kleve formulierten Zielaussagen. Eine Ausnahme gibt es bei der Gemeinde Kranenburg bezüglich der Windenergieanlagen im Reichswald. Zudem sind kleine Abweichungen festzustellen. Beispielhaft benennt Herr Dr. Reynders die Ausführungen der Stadt Emmerich am Rhein zu den Kompensationsmaßnahmen im Freiraum, insbesondere auf landwirtschaftlichen Flächen. Er erklärt, dass zum Stand 20.09.2017 kein Bedarf gesehen wird, die Vorlage zu ergänzen oder in Teilen zu revidieren.

Herr Dr. Prior erklärt, dass Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Fachausschuss gegen den Beschlussvorschlag gestimmt hat. Es werden ausdrücklich die Punkte befürwortet, wo eine Stärkung des Naturschutzes gesehen wird, insbesondere bei den Waldflächen. Unter dem Strich ist aber festzustellen, dass die Vorlage mit Blick auf das Programm von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht mitgetragen werden kann.

Herr Franken beantragt, den im Fachausschuss aufgenommenen Vorbehalt auch im Kreisausschuss aufrecht zu erhalten. Die SPD-Fraktion konnte die nach der Sitzung des Fachausschusses eingereichten Stellungnahmen der Kommunen noch nicht abschließend beraten. Das Augenmerk liegt dabei insbesondere auf der Stellungnahme der Stadt Goch zum Thema Windenergieanlagen am Reichswald. Gegebenenfalls wird im Kreistag ein Änderungsantrag gestellt werden.

Herr Düllings führt aus, dass es zu begrüßen ist, wenn das Verfahren nunmehr bald einen Abschluss findet, damit Rechtssicherheit bei der Planung besteht. Er fühlt sich durch die veröffentlichten Zielsetzungen des Windenergieerlasses der Landesregierung inhaltlich in dem bestärkt, was im Fachausschuss beschlossen wurde. Der Verwaltungsvorlage wird sich angeschlossen. Der von Herrn Franken beantragte Vorbehalt wird als nicht erforderlich angesehen, aber mitgetragen.

Herr Engler sagt, dass sich die Stadt Goch in ihrer Stellungnahme stärker gegen den in Rede stehenden Windkraftbereich ausspricht als die Stellungnahme des Kreises Kleve. Gegebenenfalls

wird im Kreistag, unter Einbeziehung der Stellungnahme der Stadt Goch, ein abweichender Formulierungsvorschlag vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des dritten Beteiligungsverfahrens die in der heutigen Sitzung behandelte Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf (RPD) abzugeben (unter dem Vorbehalt, aufgrund des noch laufenden Verfahrens ggf. noch Änderungen vornehmen zu können).

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 696 /WP14

Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Kleve

---

Frau Wucherpfnig führt aus, dass die Gebührenerhöhungen insgesamt moderat ausfallen und nachvollziehbar sind. Überrascht hat sie jedoch der erhebliche Anstieg bei den Positionen 12.5.2 und 12.5.3. Sie fragt, wie diese Gebührenerhöhung begründet wird und wie die Positionen zu verstehen sind.

Herr Reynders erklärt, dass eine Vereinheitlichung der Gebührentatbestände angestrebt wird. Es gilt immer, was unter Ziffer 12.5 vorangestellt ist, nämlich, dass die Gebühren nur dann anfallen, wenn der Gemeingebrauch beeinträchtigt werden kann. Nicht jede Veranstaltung erfüllt dies. Allerdings ist festzustellen, dass bestimmte Formen von Veranstaltungen immer mehr zunehmen. Diese sollen über die Gebühren eingedämmt werden, weil sie zu Beeinträchtigungen des Gemeingebrauchs führen.

Frau Wucherpfnig benennt verschiedene Beispiele der Beeinträchtigung des Gemeingebrauchs und weist auf bestehende Unterschiede hin.

Herr Reynders erläutert, dass nur bestimmte Veranstaltungen betroffen sind. In Rede steht die Sondernutzung an Kreisstraßen außerhalb der Ortsdurchfahrten. Er bietet an, zum Kreistag Beispiele von Veranstaltungen zu benennen, die von diesen Gebührenpositionen umfasst sind.

Herr Heinrichs bittet darum, die Beispielliste zu ergänzen und zwar um Amtshandlungen, die nicht im besonderen öffentlichen Interesse des Kreises Kleve liegen.

Landrat schlägt vor, den Tagesordnungspunkt passieren zu lassen. Er weist darauf hin, dass die in der Verwaltung geleistete Arbeit so oder so bezahlt werden muss. Die Frage ist, ob sie von der Allgemeinheit durch Steuern oder durch den Veranlasser über entsprechende Gebühren gezahlt wird.

Hinweis zum Protokoll:

Die erbetenen Erläuterungen sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Kreisausschuss lässt den Tagesordnungspunkt passieren.

Vorlage Nr. 693 /WP14

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV); Sachstand zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes 2017 des Kreises Kleve

---

Der Kreisausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage 693/WP14: Öffentlicher Personennahverkehr - Sachstand zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes 2017 des Kreises Kleve zur Kenntnis.

Herr Prof. Dr. Klapdor sagt, dass in der Vorlage ausgeführt wird, dass den politischen Beratungen genügend Raum gegeben werden wird. Der letzte ihm bekannte Zeitplan endet mit Ablauf des Jahres. Er fragt, ob dieser Termin weiterhin besteht oder sich hier eine Streckung des Zeitplans ergeben wird.

Landrat erklärt, dass sich eine Streckung des Zeitplans ins nächste Jahr ergeben wird, auch wenn dies das Risiko birgt, dass der Ablauf z.B. im Falle einer Vergabebeschwerde, weniger komfortabel ist. Es wird eine vernünftige Grundlage benötigt, für deren Beratung im politischen Raum genügend Zeit eingeräumt werden soll.

Weitere Mitteilungen gibt es im öffentlichen Teil der Sitzung nicht.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Anfragen

---

Es gibt keine Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung.

- - - - -